

IHK-Regionalausschuss Rosenheim

Positionen zu der Kommunalwahl 2026

Auf einen Blick

Der IHK-Regionalausschuss Rosenheim vertritt die Interessen von ca. 27.500 Unternehmen in Stadt und Landkreis Rosenheim. Mit Blick auf die Kommunalwahlen 2026 sind aus Sicht der regionalen Wirtschaft die nachfolgenden Handlungsfelder für den Erhalt und die Stärkung des Wirtschaftsstandortes von besonderer Bedeutung:

- Moderne Verwaltung: lösungsorientiert, digital, schlank, schnell
- Planen/Genehmigen/Bauen: modern, digital, lösungsorientiert
- Verkehrsinfrastruktur: lückenlos, belastbar, vernetzt, barrierefrei

Moderne Verwaltung: lösungsorientiert, digital, schlank, schnell

Für die Sicherung des Wirtschaftsstandortes ist eine anpassungsfähige Wirtschaft, die durch eine wirtschaftsfreundliche, lösungsorientierte und digitale Verwaltung unterstützt wird, unerlässlich.

Lösungsorientierte Verwaltung anbieten

- Mindset des Möglichmachens: Entscheidungsbefugnisse für Mitarbeiter erweitern, sie zur Ausschöpfung der Ermessensspielräume im Sinne der Kunden motivieren und ihnen Rückendeckung geben.
- Einheitlichen, zuständigkeitsübergreifenden Ansprechpartner für effizienten und lösungsorientierten Austausch zwischen Unternehmen und Verwaltung anstreben.
- Interdisziplinäre Zusammenarbeit und Austausch innerhalb der Verwaltung fördern und stärken.
- Modernes, KI-gestütztes, gut strukturiertes und leicht auffindbares Informationsangebot anbieten (z.B. mit ChatBot).
- One-Stop-Shop für Genehmigungen anstreben.

Serviceversprechen an die Kunden eingehen

- „Fast-Lanes“ für gewerbliche Kunden mit festem Zeithorizont einführen.
- Einführung und Umsetzung des RAL-Gütezeichens Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung.
- Feedback-Systeme (z.B. Beschwerde- und Verbesserungsmanagement) implementieren, um Optimierungspotenziale zu identifizieren und zu heben.

Potentiale der Digitalisierung heben und Prozesse optimieren

- Auf bestehende bayern- und bundesweit einheitliche digitale Standards und Anwendungen statt auf individuelle, maßgeschneiderte IT-Lösungen setzen.
- Verwaltungsprozesse durchgängig „Ende zu Ende“ digitalisieren und weitestgehend automatisieren, interne Abläufe (z.B. digitale Umlaufmappen, parallele Bearbeitung) und externe Schnittstellen (z.B. Unternehmenskonto) effizient vernetzen und Unternehmen frühzeitig bei Entwicklung als Power-User einbinden, um praxisnahe und nutzerorientierte Lösungen zu erreichen.
- Daten und Anschluss für Registermodernisierung sicherstellen, um Once-only-Dateneingabe zu ermöglichen.

Planen/Genehmigen/Bauen: modern, digital, lösungsorientiert

Die Verfügbarkeit von Wohn- und Gewerberaum ist ein zentraler Standortfaktor. Lange Planungs- und Genehmigungsverfahren machen Projekte schwer kalkulierbar, erhöhen die Kosten. Eine gute und effektive Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung trägt ebenso maßgeblich zur Beschleunigung der Verfahren bei, wie komplett digitalisierte Verfahren und angemessene baurechtliche Vorgaben.

Bauverwaltung lösungsorientiert aufstellen

- Bauverwaltungen müssen sich als lösungsorientierten Dienstleister verstehen, Beratungsleistungen bündeln und ausweiten sowie Erreichbarkeit an fünf Tagen pro Woche gewährleisten.
- First-level-Support für telefonische und digitale Erstauskünfte und Akteneinsicht anbieten und Vorgänge mit intensiver fachlicher Prüfung separiert bearbeiten.
- Einführung eines verpflichtenden, frühzeitigen Austauschgebots („Phase 0“) zwischen Bauherren bzw. Vorhabenträgern und Bauämtern, Stadtplanungsbehörden sowie relevanten Entscheidungsträgern, um potenzielle Unklarheiten frühzeitig zu klären, Konflikte zu vermeiden und den Prüf- und Genehmigungsprozess zu beschleunigen.
- Planbarkeit für Vorhabenträger und Bauherren durch Einführung verbindlicher Vorgaben für Bearbeitungszeiten, beispielsweise im Rahmen von überprüfbaren Servicestandards, herstellen.
- Interne Kommunikation optimieren und Letztentscheidungskompetenz in Dienststellen klar definieren sowie behördenübergreifende Zusammenarbeit verbessern, z.B. durch Definition von Projektverantwortlichen.
- Umstrittene Bauvorhaben durch die Kommune frühzeitig gegenüber der Bürgerschaft kommunizieren, um Bürgerbegehren zu verhindern und Planungssicherheit herbeizuführen.
- Unternehmen proaktiv bei der Schaffung von Mitarbeiterwohnen unterstützen, sofern baurechtlich sinnvoll umsetzbar (z.B. gemeinsam Flächenpotenziale ausloten, PPP-Modelle).
- Gleichzeitige Bearbeitung von Bauanträgen innerhalb der kommunalen Verwaltung sicherstellen.

Bauverwaltung schneller und konsequent digitalisieren

- Vollständig digitale, medienbruchfreie Baugenehmigungsverfahren, die vom Antrag bis zur Genehmigung jederzeit die unmittelbare Erteilung einer Sachstands Auskunft ermöglicht.
- Vollständige Digitalisierung sowie zentrale Bereitstellung von Bauakten und Bestandsdaten gewährleisten und Berechtigten die digitale Einsichtnahme zum Bearbeitungsstand ermöglichen.
- Unternehmen bei neuen Digitalisierungsvorhaben frühzeitig als Power-User einbinden, um Praxistauglichkeit sicherzustellen.
- Kostensparpotenziale durch Digitalisierung, z.B. durch BIM (Building Information Modeling) oder höheren Einsatz eines digitalen Gebäudezwillings als Entscheidungshilfe, verstärkt nutzbar machen.
- Anreize zur digitalen Einreichung von Bauverfahren schaffen, indem in „Fast-Lanes“ digitale Bauanträge bevorzugt und beschleunigt bearbeitet werden.

Baurechtliche Hemmnisse und ausufernde Bürokratie beseitigen

- Behördeninterne Abstimmungen fördern, um nicht umsetzbare, widersprüchliche Vorgaben zwischen Referaten oder Behörden (z.B. Klima-, Denkmal-, Brand- und Arbeitsschutz) zu vermeiden.
- Informelle Planungen und Konzepte in verbindliche Bauleitpläne überführen, um kommunale Verfahren zur Schaffung von Baurecht zu vereinfachen und zu beschleunigen sowie mehr Sicherheit für Planung und Investitionen zu schaffen.
- Nachweiserfordernisse, wie beispielsweise externe Beratungs- und Gutachterleistungen reduzieren, zur Vermeidung widersprüchlicher und wirtschaftlich nicht vertretbarer Anforderungen.
- Einfache Festsetzungen in Bebauungsplänen verankern, z.B. Festsetzungen hinsichtlich Baulinien statt komplexer Vorgaben.
- Freistellungsverfahren überall dort ermöglichen, wo es rechtlich und praktisch möglich ist.
- Flexibilität der Stellplatzsetzungen anstreben, im Sinne kostengünstigen Bauens.
- Übermäßige Anforderungen an klima- und sozialgerechte Baulandentwicklung vermeiden, um die Wirtschaftlichkeit von Vorhaben nicht zu gefährden.
- Interkommunale Planungsinstrumente und Projekte stärken.
- Einrichtung einer behördenübergreifenden Task Force „Wohnraumschaffung“, um Wohnraummangel schlagkräftig, schnell und effizient entgegenzuwirken.

Verkehrsinfrastruktur: lückenlos, belastbar, vernetzt, barrierefrei

Die Qualität der Verkehrsinfrastruktur entscheidet über die verkehrliche Erreichbarkeit und Anbindung jedes einzelnen Unternehmensstandorts. Je besser das Verkehrsangebot ist, desto attraktiver ist der Standort und desto effizienter kann produziert werden. Die kommunale Verwaltung ist aufgefordert, in das lokale Straßen- und Radwegenetz zu investieren. Vor Ort braucht es die physische Vernetzung aller Verkehrsangebote zu multimodalen Knoten- und Umsteigepunkte, sowohl für den Personen- als auch den Güterverkehr.

In Straßen und Parkflächen investieren

- Lokale Anbindungen an das überregionale Bundes- und Staatsstraßennetz auf- bzw. ausbauen. Dazu gehört die Realisierung der Ostumfahrung von Rosenheim ebenso wie der Ausbau der B15 auf dem Kreisgebiet.
- Intelligente Steuerung in der Nutzung der Verkehrswege (Ampelschaltung) einsetzen und regelmäßig auf Funktionalität sowie Sinnhaftigkeit überprüfen.
- Flächeneffiziente Parkmöglichkeiten (z.B. vertikal) entwickeln.
- Liefer- und Ladezonen für Wirtschaftsverkehr anlegen und ausweisen.
- Geeignete Pendlerparkplätze erweitern bzw. errichten und dabei die Stadt-/Landkreisgrenze im Sinne der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen.
- Koordiniertes Baustellenmanagement zwischen allen Planungsebenen und Verkehrsträgern.
- Erleichterte Nutzung von Park-Apps durch deren Vereinheitlichung gewährleisten.
- Ladeinfrastruktur für E-Mobilität ausbauen.
- Bedarfsgerechte Ladeinfrastruktur für E-Wirtschaftsverkehr und für gewerbliche Mobilitätsanbieter baurechtlich ermöglichen und Genehmigungsprozesse beschleunigen.

ÖPNV, Radverkehr und multimodale Umsteigepunkte weiterentwickeln

- Multimodale Umsteigepunkte, Stationen im ÖPNV inklusive geeigneter Serviceeinrichtung, beispielsweise Schließfächer, Toiletten oder Ladepunkte für elektrische Kleinfahrzeuge wie E-Roller oder E-Fahrräder, ausbauen bzw. neu bauen.
- Umsteigepunkte zwischen individueller und öffentlicher Mobilität (P&R-Anlagen) vor allem an den Grenzen Stadt-/Landkreis Rosenheim inklusive geeigneter Serviceeinrichtungen errichten und erweitern
- Busbahnhöfe bzw. Haltestellen für den öffentlichen Lokal-, Regional- und Fernverkehr erweitern, zum Beispiel Haltestelle Stephanskirchen zur Anbindung an die Schul- und Hochschullandschaft Rosenheim.
- Taktung des ÖPNV nicht nur an der Schülerbeförderung orientieren, sondern auch das Pendlerverhalten der regionalen Wirtschaft berücksichtigen.
- Verkehrssichere Haltepunkte im Gelegenheitsverkehr (Taxi/Mietwagen) einrichten und ausweisen.

In Verkehrsinfrastruktur für Freizeit und Tourismus investieren

- Parkflächen für den Ausflugs-, Einkaufs- oder Urlaubsverkehr ausbauen und ertüchtigen.
- Spazier- und Wanderwege, Berg- und Klettersteige erweitern bzw. Instand halten sowie professionell beschildern.

Kombinierten Güterverkehr mitdenken

- Mögliche Trassen für Gleisanschlüsse von Industriestandorten einplanen und vorhalten.
- Regionale Zugangspunkte für den Schienengüterverkehr unterstützen und mitplanen.

Die IHK für München und Oberbayern



Die Industrie- und Handelskammer (IHK) für München und Oberbayern ist die größte IHK Deutschlands. Sie vertritt über 400.000 Unternehmen verschiedenster Branchen, Größenklassen und Rechtsformen. Die IHK ist eine „Körperschaft des öffentlichen Rechts“. Beste Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Erfolg ihrer Mitgliedsunternehmen zu schaffen, ist ihr oberstes Ziel.

Durch engen Austausch mit Entscheidungsträger/-innen aus Politik und Verwaltung sorgt die IHK dafür, dass die Anliegen der Unternehmen gehört werden. Eine gesetzliche Mitgliedschaft sichert, dass alle Mitglieder ihre Interessen gleichermaßen einbringen können. Sie macht die IHK unabhängig von großen Beitragszahlern oder staatlichen Zuwendungen und gewährleistet ihre parteipolitische Neutralität.

Ansprechpartner:

Jens Wucherpfennig ☎ 08031-2308-100 @ wucherpfennig@muenchen.ihk.de



[ihk-muenchen.de](https://www.ihk-muenchen.de)



[ihk-muenchen.de/newsletter](https://www.ihk-muenchen.de/newsletter)



[/company/ihk-muenchen](https://www.linkedin.com/company/ihk-muenchen)



[/pages/ihk-muenchen](https://www.facebook.com/ihk-muenchen)



[/ihk.muenchen.oberbayern](https://www.facebook.com/ihk.muenchen.oberbayern)



[@IHK_MUC](https://twitter.com/IHK_MUC)